

**STADT BIELEFELD**  
- Sozial- und Gesundheitsausschuss -  
- Jugendhilfeausschuss-

**Sitzung Nr.**  
**SGA/015/2016**  
**JHA/016/2016**  
**(2014-2020)**

**Niederschrift**  
**über die Gemeinsame Sondersitzung von Sozial- und Gesundheitsausschuss**  
**und Jugendhilfeausschuss**  
**am 10.05.2016**

Tagungsort:       Großer Saal im Neuen Rathaus  
Beginn:            16:30 Uhr  
Sitzungspause:    ./.  
Ende:              17:55 Uhr

Anwesend:

**Sozial- und Gesundheitsausschuss**

SPD

Frau Brandtner  
Herr Brücher  
Frau Gorsler  
Herr Kaufmann  
Herr Pieplau

(ab 16.40 Uhr)

CDU

Herr Copertino  
Herr Hüsemann  
Frau Jansen  
Herr Jung  
Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood  
Frau Mann  
Frau Dr. Ober

Vorsitzende

BfB

Frau Niegel

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Stellvertretendes Mitglied

Frau Schellong

CDU-Fraktion

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic

Integrationsrat

Herr Buschmann  
Frau Huber

FDP-Fraktion  
Seniorenrat

**Jugendhilfeausschuss:**

CDU

Frau Brinkmann  
Herr Langeworth  
Herr Rüsing

SPD

Frau Dr. Esdar  
Herr Pieplau  
Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Henke

BfB

Frau Dederling

Die Linke

Herr Schwarzer

Beratende Mitglieder

Frau Eberlein  
Herr Epp  
Frau Häckel  
Frau Obasohan  
Frau Scigala  
Frau Stillger

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Hanke  
Herr Schnittger

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Adams  
Herr Onckels  
Herr Potschies  
Frau Puffer  
Herr Schütz  
Frau Voigt

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger  
 Beigeordnete Frau Ritschel  
 Frau Dr. Delius

Herr Feix  
 Frau Krutwage

Herr Hanke  
 Frau Duffert  
 Herr Queste  
 Herr Burkat

Herr Linnenbürger  
 Frau Klapper

Gäste

Herr Korbmacher

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5  
 Dezernat 3  
 Gesundheits-, Veterinär- und  
 Lebensmittelüberwachungsamt  
 Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-  
 Büro für Integrierte Sozialplanung und  
 Prävention  
 Amt für Jugend und Familie –Jugendamt-  
 Amt für Jugend und Familie –Jugendamt-  
 Amt für soziale Leistungen –Sozialamt-  
 Büro für Integrierte Sozialplanung und  
 Prävention  
 Stab Dezernat 5  
 Amt für Jugend- und Familie -Jugendamt-

AGW

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Nach vorheriger Verständigung übernimmt Vorsitzende Frau Dr. Ober die Sitzungsleitung.

Vorsitzende Frau Dr. Ober begrüßt die anwesenden Mitglieder der beiden Gremien und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des SGA fest. Die Vorsitzende des JHA, Frau Weißenfeld, verfährt für ihr Gremium entsprechend.

Zum Zwecke der Protokollierung bittet Vorsitzende Frau Dr. Ober die Anwesenden um die Zustimmung für

- die Bestellung von Frau Krumme als Schriftführerin der gemeinsamen Sondersitzung und
- die Aufzeichnung der Sitzung.

Die Anwesenden sind damit einverstanden.

Frau Obasohan bemängelt, dass der Integrationsrat zu dieser gemeinsamen Sitzung nicht eingeladen worden sei.

Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf die bisherige Praxis, nach der nur die beiden zuständigen Fachausschüsse in gemeinsamer Sitzung über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen entschieden hätten. Die Beiräte beraten in eigenen Sitzungen über die Beschlussvorlagen. Er bietet an, den Mitgliedern des Integrationsrates die heutige Präsentation im Vorfeld der nächsten Sondersitzung am 25.5.2016 vorzustellen.

## **Zu Punkt 1**

### **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit Freien Trägern für den Zeitraum 2017 – 2019 -1. Lesung-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3135/2014-2020

3210/2014-2020 (Antrag der Fraktion Die Linke vom 10.05.2016)

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage und verdeutlicht detailliert die im dialogischen Verfahren mit den Trägern erzielten Gesprächsergebnisse (**Anlage 1**). Durch eine Modifizierung des Berichtswesens der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF), sollen die zuständigen Fachausschüsse und Beiräte über Entwicklungen und Veränderungen in den Handlungsfeldern Offene Kinder- und Jugendarbeit, Senioren, Frauen und Mädchen und Sucht bereits während der Vertragslaufzeit informiert werden.

Er macht weiterhin darauf aufmerksam, dass es LuF finanzierte Leistungen gebe, die auch SGB II-Empfänger in Anspruch nehmen könnten. Um einen besseren fachlichen Austausch zwischen den allgemeinen Beratungsstellen und der Beratungsstelle des Jobcenters zu erzielen, solle ein modulares System mit einzelfallbezogener Abstimmung erprobt werden. Im Bereich der Schuldnerberatung werde es bereits seit einiger Zeit erfolgreich umgesetzt. Während der Erprobungsphase

würden Beratungsgutscheine als Ergänzung zur Beratung durch das Jobcenter ausgegeben. Hier sei zu beachten, dass es nicht zu Doppelfinanzierungen kommen dürfe.

Darüber hinaus weist Beigeordneter Herr Nürnberger darauf hin, dass unter Nr. 5 des Beschlussvorschlages der Stadtbezirk Jöllenbeck versehentlich fehle und bei der Beschlussfassung noch mit aufgenommen werden müsse.

Herr Weber bemängelt, dass die bisher geführten Gespräche mit den Trägern scheinbar nur dialogisch geführt worden seien, zumindest ohne Beteiligung der CDU-Fraktion. Zu Anlage 2 erbittet er um Erläuterungen

- zur Konsolidierung der dargestellten Ausgabenzuwächse (385.000 €) und
- zu Kriterien für die Zuwächse

Darüber hinaus fordert er, den in Anlage 1 dargestellten Controlling-Kreislauf mit genauen Terminen zu füllen.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass der Beschluss des Rates die Einbindung der Politik bei den Vertragsverhandlungen nicht vorgesehen habe und die Gespräche deshalb dialogisch stattgefunden hätten. Informationen über die Verhandlungsergebnisse würden nun mit der Drucks.-Nr. 3135/2014-2020 an die Politik herangetragen. Weiterhin bietet er an, eine erläuternde Auflistung über die umgewandelten bisherigen Zuschüsse der Politik zur Verfügung zu stellen. Einblicke in die finanziellen Rahmenbedingungen der Verträge, könnten nur in einer nichtöffentlichen Sitzung gegeben werden. Die Termine für den Controlling-Kreislauf seien grundsätzlich vorgegeben. Die Vertragsperiode beginne am 01.01.2017 und vom 13.-18. Vertragsmonat werde das dialogische Verfahren durchgeführt und das Ergebnis den Fachgremien vorgelegt. In diesem Bereich herrsche von Verwaltungs- und Trägerseite ein großes Bestreben, die geleistete Arbeit transparenter zu machen und Unwissenheit zu beseitigen. Nur so könnten auch frühzeitig notwendige Veränderungen ermittelt und besprochen werden.

Nach Auffassung von Herrn Weber ist ein frühestmöglicher Beginn des Dialogs, bereits ab Mitte 2016, notwendig, um einen kontinuierlichen Austausch zu erreichen. Für weitere fraktionsinterne Diskussionen bittet er, dass der Politik die Präsentation zur Verfügung gestellt wird. Die Verwaltung sagt dies zu.

Herr Korbmacher berichtet über dialogische Verhandlungen, in denen kontrovers diskutiert worden sei. Zuwächse wären wünschenswert gewesen, insbes. im Bereich der zusätzlichen Leistungen von SGB II-Empfängern. Damit hätte die Möglichkeit bestanden, einen Bereich, der bereits unterfinanziert sei, mit mehr zusätzlichen Finanzmitteln auszustatten, um einzelne Maßnahmen zu stützen. Dieses Problem sei auch im Psychiatriebeirat sehr kontrovers diskutiert worden. Bei den Zuwächsen handele es sich leider nur um Umschichtungen von Mitteln aus bereits existierenden Verträgen. Dazu komme noch die Deckelung der Personalkostensteigerung auf bis zu 2 %, die letztendlich wie eine Kürzung wirke.

Der Controlling-Kreislauf sei auch von den Trägern eingefordert worden, um mehr Transparenz zu erzielen. In der Vorlage würde nur der Prozess beschrieben. Die Verbindlichkeit des Controlling-Kreislaufes werde mit der Aufnahme in die Verträge erreicht. Nur so könne ein permanenter

fachlicher und inhaltlicher Austausch ermöglicht werden.

Frau Bußmann bedankt sich bei den Freien Trägern für deren geleistete gute soziale Arbeit. Ohne sie könnten die Probleme nicht gemindert und Folgekosten nicht verringert werden. Eine Nichtübernahme der vollen Tarifsteigerung stelle, im Vergleich mit städtischen Mitarbeitern, eine Diskriminierung der Trägermitarbeiter dar. Ein willkürlicher Aufgabenabbau sei ebenfalls nicht sinnvoll.

Die Fraktion Die Linke beantrage die Streichung des Punktes 9 aus der Drucks.-Nr. 3135/2014-2020 und fordert dazu auf, den Deckelungsbeschluss des Rates vom 17.09.2015 aufzuheben.

*-Zur besseren Recherche wurde der Antrag unter der Drucks.-Nr. 3210/2014-2020 im Ratsinformationssystem erfasst-*

Herr Hood macht darauf aufmerksam, dass die Politik mit dem Ratsbeschluss neue Weichen gestellt und der Verwaltung Aufträge erteilt habe. In dem nunmehr vorliegenden ersten Entwurf werde deutlich, dass es in den Verhandlungen zwischen Verwaltung und Trägern gelungen sei, die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen fortzuführen und, entgegen der 0 %- Planungen des Kämmerers, die Tarifsteigerungen bis zur Höhe von max. 2 % zu übernehmen. Die erzielten Verhandlungsergebnisse erweckten den Eindruck, dass der Dialog zwischen Verwaltung und Trägern erfolgreicher gewesen sei als der Dialog in früheren Jahren. Im nächsten Schritt müsse nun eine politische Controlling-Ebene entwickelt werden.

Auf Anmerkung von Herrn Hood führt Beigeordneter Herr Nürnberger aus, dass die Wohnungsbaugesellschaften bereits ein sehr wichtiger Partner in der Sozialraumentwicklung seien und auch an verschiedenen Stellen bereits mit eingebunden würden.

Auf Nachfrage von Herrn Langeworth führt Beigeordneter Herr Nürnberger aus, dass die beiden Ausschüsse als Fachgremien gemeint seien; bei Bedarf auch die Beiräte. Die Bezirksvertretungen würden bei Angebotsverlagerungen in ihrem Bezirk selbstverständlich im Vorfeld beteiligt, hätten aber auch die Möglichkeit, sich die Projekte in ihrem Bezirk von den Trägern vorstellen zu lassen.

Beigeordneter Herr Nürnberger führt zu Fragen von Frau Stillger aus, dass bei Veränderungen in der Gebäudenutzung immer die Träger miteingebunden würden, um die Belange der nutzenden Personengruppen zu berücksichtigen. Zu den Rahmenrichtlinien zur Förderung der Mädchenarbeit teilt Herr Epp mit, dass beschlossene Richtlinien selbstverständlich im Dialog zwischen Verwaltung und Trägern ihre Berücksichtigung finden werden. Frau Stillger merkt weiter an, dass die konstruktive Stimmung bei der Zusammenarbeit zwischen Trägern und Verwaltung eigentlich selbstverständlich sein sollte. Ausdruck von Wertschätzung sei zudem, wenn die Leistungen auch gerecht bezahlt würden.

An Herrn Hood gerichtet bewertet Herr Weber den Dialog nicht als gescheitert, sondern er sei seinerzeit in der Konkretisierungsphase verwaltungsseitig abgebrochen worden. Mit dem Dialog verabschiedete sich die Politik grundsätzlich aus der Verantwortung und er fordere dazu auf,

die Verhandlungen wieder dialogisch zu führen.

Frau Dr. Esdar bedankt sich für die gute inhaltliche Arbeit und verweist auf die qualitative Weiterentwicklung der Angebote (z.B. Verlagerung von Angeboten, Weiterentwicklung zu Stadtteilgrenzen). Aufgrund der zunehmend unterschiedlichen Benachteiligungen der Kinder und Jugendlichen müsse sich der Jugendhilfeausschuss Gedanken darüber machen, welche Angebotsanpassungen notwendig seien.

In Anbetracht des engen finanziellen Rahmens der Stadt Bielefeld sei die Leistungsminderungsklausel unabdingbar. Wenn aufgrund steigender Personal- und Sachkosten ein Angebot nicht mehr in dem vereinbarten Umfang vorgehalten werden könne, müsse die Möglichkeit bestehen, die Angebotsstruktur anzupassen.

Das System der Leistungsverträge und das dialogische Verfahren sei aus ihrer Sicht ein Erfolgsmodell. Es sei den politischen Vertretern freigestellt, sich mit der Verwaltung und den Trägern auszutauschen, die konkrete Abstimmung solle sinnvoller Weise im dialogischen Verfahren zwischen Trägern und Verwaltung erfolgen. Verantwortung übernehme die Politik in dem Moment, wenn sie den Rahmen für die Gespräche setze und wenn sie über die Leistungsverträge beschließe.

Frau Gorsler dankt allen Beteiligten für die Bereitschaft zur Weiterentwicklung der Leistungsverträge. Sie begrüßt die Entscheidung der Vertragspartner, im Rahmen eines Fachcontrollings die Politik über die fachliche Entwicklung zu informieren. Sie weist explizit darauf hin, dass der Koalition wichtig sei, dass die Vertragsperiode dazu genutzt werde, die dargestellten Konzepte weiter zu entwickeln.

Auf Fragen von Frau Gorsler führt Beigeordneter Herr Nürnberger aus, dass die mobile Kinder- und Jugendarbeit eine Komm- und Geh-Struktur darstelle, die ein großes Potential beinhalte. Ein gutes Beispiel sei der Kesselbrink, auf dem sich Kinder- und Jugendliche aufhalten. Darüber hinaus bestehe die Chance, Gebiete mit Angeboten zu versorgen, in denen keine festen Angebote vorherrschen. Zurzeit stellen die mobilen Angebote nur einen kleinen Teil dar. Eine Weiterentwicklung könne allerdings nur in dem vorgegebenen Finanzrahmen erfolgen. Die Wirkung der Leistungsminderungsklausel könne derzeit noch nicht beurteilt werden, weil die Entwicklung der Personal- und Sachkostensteigerung und die dadurch evtl. entstehende Finanzlücke nicht absehbar sei. Im Rahmen von Gesprächen zwischen Träger und Verwaltung müsse dann entschieden werden, welche Änderungen in der Leistungserbringung erforderlich würden.

Frau Huber befürchtet, wenn die Leistungsminderungsklausel angewendet werden müsse, es zu Einschränkung bei den Leistungen für Seniorinnen und Senioren kommen werde. Vor dem Hintergrund, dass der Personenkreis der Senioren stetig ansteige, sei dies ein falsches Signal. Der Seniorenrat fordere deshalb, dass der finanzielle Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen den tatsächlichen Verhältnissen (volle Übernahme der Tariferhöhungen und angemessene Sachmittelausstattung) angepasst werde. Darüber hinaus kämpfe der Seniorenrat weiterhin dafür, die gestrichenen Mittel für die offene Seniorenarbeit wieder zu bewilligen.

Frau Häckel macht deutlich, dass die bedarfsorientierte Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen von einer guten, aber schwierigen Zusammenarbeit geprägt war. Die Herausforderungen und Ansprüche an die Kinder- und Jugendarbeit stiegen stetig an, während der Finanzrahmen seit Jahren immer enger werde. Bereits in der Vertragsperiode 2011 – 2013 seien Personalkostensteigerungen nicht berücksichtigt, sondern auf dem Niveau von 2009 eingefroren worden. Diese Finanzlücke sei bis heute nicht geschlossen worden; zudem fehle es an Mitteln für Sachausgaben. Die Träger arbeiteten dennoch weiterhin bei der Kinder- und Jugendarbeit mit, weil Bielefeld so ein Angebot benötige und sich die Beschäftigten den Kindern und Jugendlichen sehr verbunden fühlten. Deswegen hätten die Träger konstruktiv mitgearbeitet. Die Vorlage spiegele ein inhaltliches Einvernehmen wider, aber keinesfalls ein Einverständnis über den finanziellen Rahmen für die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung.

Vorsitzende Frau Dr. Ober schlägt vor, dass der Antrag der Fraktion Die Linke zunächst zur Kenntnis genommen wird. In der Sitzung am 25.05.2016 werde dann, im Rahmen der Entscheidung über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen, über den Antrag abgestimmt. Die Mitglieder sind einverstanden.

1. Lesung -

-.-.-

Vorsitzende Frau Dr. Ober beendet die Sitzung um 17.55 Uhr.

---

Dr. Ober  
(Vorsitzende des Sozial-und  
Gesundheitsausschusses)

---

Weißefeld  
(Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses)

---

Krumme  
(Schriftführerin)